

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003369/2025/rev.1
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Gerald Hauser (PfE)

Betrifft: Apothekensterben in Europa

Die Kommission zieht im Bereich Gesundheit immer mehr Kompetenzen an sich. Gleichzeitig droht der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in der EU, denn bis 2030 werden voraussichtlich 4,1 Millionen Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte sowie Hebammen fehlen. Die ohnehin angespannte Lage wird zusätzlich durch ein europaweites Apothekensterben verschärft – besonders betroffen sind beispielsweise Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, Spanien, Schweden und Polen.

Zu den Ursachen zählen unter anderem ein akuter Mangel an qualifiziertem Personal, Preisregulierungen, Überregulierung und Bürokratie. Vor allem aber machen der zunehmende Onlinehandel sowie der erdrückende Wettbewerb durch große Apothekenketten den unabhängigen Apotheken das Überleben schwer.

Die Folgen sind gravierend: eingeschränkte Arzneimittelversorgung, der Verlust persönlicher Beratung sowie der Wegfall von Arbeitsplätzen. Besonders im ländlichen Raum ist die Lage kritisch: Geringe Umsätze bei gleichzeitig hohen Betriebskosten führen dazu, dass sich dort immer weniger Apotheken halten können. Die Gesundheitsversorgung in den ländlichen Regionen der EU ist dadurch besonders prekär.

1. Was unternimmt die Kommission gegen das Apothekensterben in Europa?
2. Wie gedenkt die Kommission, den überbordenden, unkontrollierten und damit oft gefährlichen Internethandel mit Medikamenten zu regulieren?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Kommission gegen die generelle Unterversorgung und Vernachlässigung der ländlichen Regionen in der EU?

Eingang: 2.9.2025